



Telegraphische Depesche.

Turin, 18. Nov. In der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer legte der Minister des Innern die die römische Frage betreffende Documente auf den Tisch des Hauses nieder. Buon Compagni fragte, ob er das Ministerium über dessen Politik interpelliren dürfe. Ratazzi erklärte sich bereit, über die Haltung des Ministeriums Erläuterung zu geben, worauf die Kammer die betreffende Discussion auf nächsten Donnerstag festsetzte.

Preußen.

Berlin, 19. Nov. [Amtliches.] Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: dem General-Lieutenant zur Disposition v. Sieffelski, bisherigen Commandeur der 7ten Division, den Stern zum rothen Adler-Orden 2ter Klasse mit Eichenlaub, dem bisherigen ersten Legations-Secretär bei der kais. französischen Gesandtschaft in Berlin, Marquis de Cadore, den königl. Kronen-Orden 2ter Klasse, dem Kammer-Präsidenten Johann Joseph Carl August de Nys zu Nachen, den rothen Adler-Orden 3ter Klasse mit der Schleife, und dem Steuer-Aufscher Hoening zu Köln das allgemeine Ehrenzeichen; ferner dem Hauptmann a. D. Maximilian Eggert v. Ubedom hieselbst die Kammerjunker-Würde zu verleihen; sowie den Ober-Staatsanwalt v. Tippeleskirch in Stettin zum Ober-Tribunals-Rath zu ernennen; und den Dekonomie-Commissarien Schmidt in Berlin und Grube in Marienwerder den Titel „Dekonomie-Commissions-Rath“ zu verleihen.

Se. Maj. der König haben allergnädigst geruht: Dem Commandeur des 6. weisfällischen Infanterie-Regiments Nr. 55, Obersten von Schwarz-Koppen, so wie dem Oberst-Lieutenant von Besser und dem Hauptmann von Arnim I. von demselben Regiment, zur Anlegung der von des Fürsten zu Lippe-Deimold Durchlaucht ihnen verliehenen Militär-Verdienst-Medaille, und dem Rittmeister von Hymmen v. 2. weisfällischen Husaren-Regiment Nr. 11, zur Anlegung des von des Königs von Schweden Majestät ihm verliehenen Ritterkreuzes des norwegischen Ordens vom heiligen Olaf, die Erlaubnis zu ertheilen. (St. A.)

Berlin, 18. Nov. [Vom Hofe.] Se. Maj. der König nahmen heute den Vortrag des General-Adjutanten, Gen.-Lieutenants Frhr. v. Manteuffel entgegen. Um 1 Uhr ertheilten Allerhöchstdieselben Deputationen aus Barmen und Marienburg, welche zur Ueberreichung von Ergebenheits-Adressen gekommen waren, eine Audienz, und empfingen später den Handelskammer-Präsidenten v. Beckerath.

[Ihre k. H. der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin] wohnen in Rom im Palazzo Casarelli, und ihr Gast ist daselbst S. k. H. der Prinz von Wales mit seinen vier Begleitern. S. k. H. der Kronprinz und die Frau Kronprinzessin geben bis Ende November in Rom zu verweilen und gehen alsdann von dort nach Florenz. Se. k. H. der Prinz von Wales tritt nach der Feier des Geburtstages S. k. H. der Frau Kronprinzessin, am 27. November, von Rom die Rückreise nach Osborne an.

[Der Justizrath Simon] hat sein Mandat als Abgeordneter des vierten Wahlkreises des breslauer Regierungs-Bezirks (Stadt Breslau) niedergelegt.

Berlin, 18. Nov. [Immediatadressen der Provinziallandtage.] Die „B. u. H.-Z.“ schreibt: „Man hatte heute bereits Nachrichten von Breslau, Stettin und Magdeburg, nach welchen es unzweifelhaft ist, daß die in diesen Städten versammelten Provinziallandtage Immediatadressen, die allgemeine Lage des Landes betreffend, beschließen werden. Von Königsberg weiß man bis jetzt nur, daß dort eine solche Adresse beantragt werden soll, die vorläufigen vertraulichen Verhandlungen aber das Resultat nicht ganz zweifellos erscheinen lassen.“ (Wenn darunter sogenannte Loyalitätsadressen nach der Schablone des preuß. Volksvereins gemeint sind, so wissen wir hier in Breslau noch nichts davon; im Gegentheil wissen wir, daß, wenn von einer Seite eine derartige Adresse beantragt werden sollte, aus dem Stande der Städte und Landgemeinden ein entschiedener Protest gegen erhoben werden würde. D. Red. d. Bresl. Z.)

Berlin, 18. Nov. [Die Stellung zum Handelsvertrag und zur General-Zoll-Conferenz.] Die „Sternztg.“ schreibt: Die Antworten der preussischen Regierung nach Stuttgart und Darmstadt in Betreff der am 2. August d. J. mit Frankreich unterzeichneten Verträge sind in diesen Tagen abgegangen. Eben so ist die Antwort an die bairische Regierung wegen der General-Conferenz in Zollvereins-Angelegenheiten erfolgt. Die Antworten nach Stuttgart und Darmstadt geben einfach zu erkennen, daß die entschiedene Verfassung der Zustimmung dieser beiden Regierungen als die Erklärung aufgesetzt werden müsse, den Zollverein mit Preußen über die gegenwärtig laufende Vertragsperiode nicht fortsetzen zu wollen. Was die General-Conferenz betrifft, so theilen wir nachstehend die Antwort mit, welche der Präsident des Staatsministeriums, Minister der auswärtigen Angelegenheiten, Herr v. Bismarck, an den hiesigen k. bairischen Gesandten am 13. d. M. erlassen hat:

„Der Unterzeichnete hat die Ehre gehabt, die gefällige Note des königl. bairischen außerordentlichen Gesandten und bevollmächtigten Ministers Hrn. Grafen v. Montgelas vom 7. d. M. zu erhalten, und daraus den Vorschlag wegen nummehriger Abhaltung der bisher verschobenen XV. General-Conferenz in Zollvereins-Angelegenheiten entnommen.

Die königl. Regierung ist damit einverstanden, daß diese, nach der Verabredung im § 43 des Haupt-Protokolles der XIV. General-Conferenz, in München abzuhaltende Konferenz zu der in Vorschlag gebrachten Zeit daselbst zusammenetrete, und daß bei derselben von der üblichen Tarif-Revision Umgang genommen werde. Die Verhandlungen werden sich daher auf die übrigen, nach Art. 34 der Vereins-Verträge vor die Versammlung der Conferenzen-Bevollmächtigten gehörenden Gegenstände zu beschränken haben, und die königliche Regierung behält sich die Mittheilung ihrer, in den Kreis dieser Gegenstände fallenden, Anträge vor.

Indem der Unterzeichnete den Hrn. Grafen v. Montgelas ganz ergebenst ersucht, gegenwärtige Note zur Kenntnis seiner hohen Regierung bringen zu wollen, benutzt er sich.

Berlin, den 13. Novbr. 1862. (gez.) v. Bismarck.

An den Herrn Grafen v. Montgelas etc.
Es ergibt sich daraus, daß die General-Conferenz sich nur mit der Erledigung der nach den Vereins-Verträgen vor ihren Kreis gehörenden Geschäfte zu befassen haben wird. Dahin gehört aber weder eine Diskussion über die Verträge mit Frankreich, noch eine Verhandlung mit Oesterreich.

Graudenz, 13. Nov. [Berichtigung, durch welche man immer Nichts erfährt.] Seitens der k. Kommandantur zu Graudenz, als der zuständigen Gerichtsbehörde, geht der „Sternztg.“ folgende Berichtigung zur Veröffentlichung zu:

Sie haben in Nr. 256 Ihrer Zeitung, der „N. A. Z.“ eine Correspondenz entlehnt, welche über die bekannte Insubordination der 12. Compagnie d. 8. Div. Inf.-Regts. Nr. 45 neue „Entbüllungen“ macht. Diese Mittheilungen sind aus den größten Unwahrheiten zusammengestellt. Zunächst gilt

dies von den Behauptungen, daß die 12. Compagnie schon früher eine Beschwerde über ihren Führer bei dem „Major“ angebracht, nur daß der Feldwebel der Compagnie, von der gemeinsamen Verabredung der Gehorsams-Verweigerung unterrichtet, sowohl den Hauptmann, als auch den Major und den Regiments-Commandeur von dem Beabsichtigten in Kenntniß gesetzt und den zuerst Genannten ersucht habe, an dem bestimmten Tage nicht zu commandiren. Die qu. Angaben finden in den Untersuchungs-Acten ihre directe Widerlegung. Inhabts derselben sind Beschwerten der Leute über den Hauptmann v. Besser an dessen Vorgesetzte zu keiner Zeit gelangt; am allerwenigsten hat die ganze Compagnie Beschwerde über ihren Führer erhoben. Der Feldwebel aber hat jede vorherige Kenntniß von der Meuterei in Abrede gestellt, ist auch von keinem der Beschwigten als Mitwisser bezeichnet und im Verlauf der Untersuchung als Zeuge vereidigt worden. Gleich lügenhaft und den tatsächlichen Feststellungen widersprechend ist die Erzählung des Vorfalles selbst. Der Hauptmann v. Besser hat ohne die Mitwirkung des Bataillons-Commandeurs die renitente Compagnie zum Gehorsam zurückgeführt und seinen Vorgesetzten überhaupt erst nach wieder hergestelltem Gehorsam Meldung von dem Vorfalle gemacht; auch die Insubordination nicht mit Verfassung des Grades begonnen, und damit nicht beginnen können, weil zc. Besser der Compagnie keinen „guten Morgen“ geboten hatte.

Danzig, 15. Nov. [Von der Marine.] Wie das „Dampfb.“ meldet, haben die auf der Ueberfahrt von Plymouth nach hier begriffenen königl. Kriegsschiffe „Rover“ und „Musquito“ widerig und heftiger Stürme halber einen norwegischen Hafen aufsuchen müssen. Die für die neuerbauten kgl. Kriegsfahrzeuge bestimmten Geschütze sind bereits aus der kgl. schwedischen Gießerei hier eingetroffen.

Stettin, 17. Nov. [In der heutigen Sitzung des Provinzial-Landtages] wurde, wie die „Pomm. Ztg.“ mittheilt, vom Hrn v. Hagen-Premis eine Ergebenheits-Adresse an den König eingebracht und es wurde der Antrag gestellt, sie en bloc anzunehmen. Es entspann sich indeß eine fast zweistündige Debatte hierüber, und schließlich wurde die Vorberathung der Angelegenheit durch eine Commission beliebt. Zu dieser Commission ernannte der Landtags-Marschall die Herren v. Seltmann, v. Köller, Bürgermeister Stagemann und v. Denzin. Natürlich wird diese Commission, in welcher Herr Stagemann das liberale Element bildet, beschließen, daß eine solche Adresse zu erlassen sei, und der Landtag wird dieser Meinung beitreten.

Koblenz, 17. Nov. [Ihre Majestät die Königin] hat, nach der „Kobl. Ztg.“ gestern den Besuch Ihrer königl. Hoheiten des Fürsten und der Fürstin von Hohenzollern, so wie der Infantin Antonie von Portugal und ihres Gemahls, des Erbprinzen von Hohenzollern-Sigmaringen empfangen. Zur Tafel waren einige Mitglieder des rheinischen Adels und der Herzog von Sagan und Balenqay, der sich bei Ihrer Majestät gemeldet hatte, geladen. Heute ist Ihre Majestät die Königin nach Kärlsruhe abgereist.

Düsseldorf, 16. Nov. [Nationalfonds.] Nach einer gestrigen Aufstellung sind bis jetzt 573 Thlr. 17 Sgr. 6 Pf. und 1 schwedischer Reichsthaler für den Nationalfonds gezeichnet. Es befinden sich darunter 10 Thlr. von vier Arbeitern, 5 Thlr. aus Mexiko, 25 Thlr. aus Nachen. Den Aufruf haben die ersten Bürger unserer Stadt unterzeichnet; Namen wie Trinkaus, Westhof, Cremer, Deus, Sartorius, Stein, Bockmühl und Andere, haben hier und auswärts guten Klang. (Elberf. Z.)

Deutschland.

Bingen, 16. Nov. [Für die Erhaltung des Zollverbandes mit Preußen] wird auch hier von mehreren Weingutsbesitzern, Weinhändlern und Industriellen, die mit Namensunterschrift in den Localblättern zum Beitritt auffordern, eine Resolution vorbereitet, und die von Offenbach aus eingeleitete Versammlung zur weiteren Besprechung dieser Angelegenheit wird von hier aus beschickt werden.

Tübingen, 16. November. [Uhländ's Beerdigung] fand heute Nachmittag unter großer Theilnahme aller Stände und vieler hierher geeilter Fremden statt. Der deutsche und der schwäbische Sängerbund, der schwäbische Turnerbund, das Gymnasium Stuttgarts, der Liederkreis der Landeshauptstadt hatten Deputationen gesendet, die bürgerlichen Collegien Stuttgarts, dessen Ehrenbürger der Verstorbene war, viele württembergische Abgeordnete, den Präsidenten der zweiten Kammer, Staatsrath Römer, an der Spitze, und eine große Anzahl von Mitgliedern früherer Landtage hatten sich eingefunden. Den Sarg des Sängers schmückten zwölf Lorbeerkränze, zu Häupten rechts und links die mit den deutschen Farben umschlungenen, die der deutsche und der schwäbische Sängerbund gebracht hatten; auf dem Sarge lag ein Palmzweig, vom Stuttgarter Liederkreis dargebracht. Studirende begleiteten den von vier Pferden gezogenen Leichenwagen, an den sich die akademische Liedertafel schloß. Am Grabe sprachen zuerst Decan Dr. Georgii von Tübingen, der die Reinheit des Lebens, die Wahrheitsliebe, die Pietät des Dahingegangenen hervorhob, den er als wahren Sänger des deutschen, als ersten und besten Sohn des schwäb. Volkes bezeichnete, dann der Dichter des „Saul“, J. G. Fischer und Stadtschultheiß Sick von Stuttgart. Der Rector der Universität und die Decane der Facultäten, im Amtsorte, warfen jeder eine Scholle auf den Sarg des Sängers. Abends veranstalteten die Studirenden noch einen Fackelzug nach dem Grabe, und hielten einen Trauercommerç, bei dem nur Lieder Uhländ's, J. Kerners und Gustav Schwabs vorgetragen werden durften und zu dem Rector, Senat und Professoren, so wie die anwesenden Abgeordneten und die auswärtigen Deputationen eingeladen waren. (N. Yr. Z.)

Rostock, 14. Nov. [Für den Nationalfonds.] Heute veröffentlicht die „Rostocker Zeitung“ die nachstehende Aufforderung zu Beiträgen für den preussischen Nationalfonds: „In einem Aufrufe an das preussische Volk vom 24. v. M. erklärten die Mitglieder des seitherigen Centralwahlcomitès in Berlin zur Annahme und Verwendung von Beiträgen für diejenigen bereit, über welche der gegenwärtige Verfassungskampf Schädigungen verhängt. Diesem Aufrufe wird nicht in Preußen allein, sondern in ganz Deutschland in großartigem Maßstabe entsprochen. Die deutsche Nation erkennt es als Pflicht und Ehrensache, den muthigen und verfassungstreuen Männern in Preußen Ersatz für den Schaden zu gewähren, den sie in Erfüllung ihrer Pflicht erleiden. Denn nicht um Preußen allein, sondern um ganz Deutschland haben sie sich durch ihren Kampf für die preussische Verfassung verdient gemacht. Darum dürfen auch wir Mecklenburger nicht zurückstehen, wenn es gilt, jenen Männern und damit zugleich der bewundernswürdigen einmüthigen Haltung des preussischen Abgeordnetenhauses die gerechte Anerkennung zu bezeugen. Die Unterzeichneten sind bereit, zu dem angegebenen Zwecke Beiträge in Empfang zu nehmen und nach Berlin einzusenden.“ Unterzeichnet ist diese Aufforderung von 5 Mitgliedern der mecklenburgischen Ritterschaft und außerdem von 14 Personen aller Stände aus Rostock, Schwerin und einigen anderen Städten.

Oesterreich.

Hermannstadt, 14. Novbr. [Kaiserliche Antwort auf die Sachsen-Repräsentation.] Im Namen der sächsischen National-Universität veröffentlicht C. Schmidt ein Rundschreiben an alle Kreisbehörden des Sachsenlandes, in welchem folgende, aus Schönbrunn vom 18. Octbr. datirte Antwort Sr. M. des Kaisers auf die Repräsentation der sächsischen National-Universität mitgetheilt wird:

„In den patriotischen Worten der Repräsentation der sächsischen National-Universität vom 29. März l. J. erkenne Ich mit wahrer Freude einen neuen Beweis ihrer stets bewährten Treue und Anhänglichkeit an Mich und an Mein Haus.

Die darin entschiedene ausgesprochene Anhänglichkeit an die durch Mein kaiserliches Diplom vom 20. October 1860 und Mein kaiserliches Patent vom 26. Februar 1861 gewährte Verfassung Meines Reiches dient Mir eben so zur wahren Befriedigung, wie die aufrichtige Bereitwilligkeit der Gesamtbevölkerung des Sachsenlandes, zum Aufbau der inneren staatsrechtlichen Verhältnisse meines Großfürstenthums Siebenbürgen und seiner Beziehung zu Meinem Gesamtreiche auf einem siebenbürgischen Landtage mitzuwirken.

Da die auf die baldige Einberufung eines solchen Landtages gerichtete Bitte der sächsischen National-Universität auch Meinem lebhaftesten Wunsche, die Angelegenheiten Meines Großfürstenthums Siebenbürgen recht bald zur Befriedigung aller daselbst bewohnenden Volksstämme in einer mit den Bedingungen der Einheit und Machtstellung Meines Gesamtreiches verträglichen Weise geordnet zu sehen, entspricht, so gewärtige Ich die Beschleunigung aller Verfügungen, welche zur Einberufung des siebenbürgischen Landtages noch nöthig sind.

Meine siebenbürgische Hofkanzlei hat bei der Erstattung der diesbezüglichen Anträge die in der Repräsentation der sächsischen National-Universität entwickelten Anträge und Bitten, nach Anhörung des königlichen Suberaniums, einer neuerlichen Erwägung zu unterziehen und Mir gutachtlich vorzulegen.

Es ist Mein Wille, daß die sächsische National-Universität von dieser Meiner Entscheidung mit dem Beizügen verständigigt werde, daß Ich derselben mit Meiner kaiserlichen Huld und Gnade gewogen bleibe.“

Italien.

Turin, 14. Nov. [Zur Geschichte der Durando'schen Depesche.] Wie Sie wissen, ist die Note des Herrn Drouin de Chusy zunächst als Antwort auf eine Depesche des Generals Durando vom 8. Nov. zu betrachten. Es ist mir jetzt gestattet, Ihnen über die Geschichte dieser Depesche einige nähere Mittheilungen zu machen. Bekanntlich kehrte Herr Nigra im vorigen Monate unerwarteter Weise noch vor Ablauf seines Urlaubs aus Turin zurück. Er sollte nämlich Herrn Thouvenel eine Note überreichen, als deren nächste Veranlassung die bekannten im „Moniteur“ erschienenen Documente zu betrachten sind. In diesem Actenstücke adoptirte General Durando den Standpunkt des kaiserlichen Briefes; er erklärte, „Italien sei bereit, die päpstlichen Grenzen zu respectiren“, somit die von Frankreich für die Räumung Roms gestellte Bedingung zu erfüllen. Der italienische Gesandte las Herrn Thouvenel diese Depesche in vertraulicher Weise vor und letzterer zeigte sich über dieselbe höchst befriedigt. Aber gerade in diesen Zeitpunkt fällt die Entlassung Thouvenel's, wodurch die Situation eine erhebliche Aenderung zu erleiden schien. Das italienische Cabinet hielt es nun für würdiger, in eine größere Reserve zurückzutreten; es wollte nicht den Schein auf sich laden, als sei jenes wichtige Zugeständniß unter der Pression der neuen Wendung der Politik der Tuilerien gegeben worden. Herr Nigra hat daher die Note in ihrer ursprünglichen Gestalt nicht eingereicht. Man hat das erwähnte Garantie-Versprechen wieder gestrichelt, so daß das Actenstück nur den nochmaligen Nachweis enthielt, daß der Status quo nicht fortauern und die französische Armee nicht noch auf unbestimmte Zeit in Rom bleiben könne. Was also auch die Ernennung des Herrn Drouin de Chusy zu bedeuten haben mag, man wird dem Cabinet nicht vorwerfen können, daß es der Würde Italiens etwas vergeben habe. Die Parlaments-Eröffnung wird weiteres Licht auf diese interessanten Unterhandlungen werfen, die man bis jetzt absichtlich geheim gehalten. Graf Sartiges wird zur Zeit der Eröffnung der Kammern bereits hier sein.

Frankreich.

Paris, 16. Nov. [Mexiko. — Griechenland.] Wie die „France“ versichert, hat General Doblado seine Anhänger in Tezcuco (das 30 Kilometres von Mexiko entfernt liegt) versammelt, um über die Lage der Dinge zu berathen. Man soll dort in Anbetracht, daß Frankreich durch den General Forey erklärt hat, die Rechte der mexikanischen Nation zu achten, beschloffen haben, mit dem französischen General en chef in Unterhandlung zu treten und sich mit ihm über die Art und Weise zu verständigen, wie die mexikanischen Bevölkerungen zu consultiren seien. General Doblado hat sich bekanntlich von Suarez getrennt und befindet sich an der Spitze einer besonderen Partei. — Eine Depesche aus Konstantinopel meldet, daß Herr Janos, der griechische Geschäftsträger in Konstantinopel, sich am 5. d. Mts. zu Ali Pascha begeben hat, um ihm eine Note des Herrn Diamantopolos zu überreichen, worin die officielle Notifikation der Constituirung der neuen griechischen Regierung angefügt wird. Dem Vernehmen nach hat Ali Pascha geantwortet, daß die türkische Regierung die neue Regierung in Athen nicht anerkennen kann, ehe sie sich dieserhalb mit den Schuttmächten verständigt hat. Die griechische Kanzlei in Konstantinopel besorgt einstweilen die laufenden Geschäfte.

Portugal.

Lissabon, 5. Nov. [Die Kleinen wollen die Großen verschlingen.] Die von der Prinzessin Solms in Paris unter dem Pseudonym Bicomte Mary de Tressure veröffentlichte Flugchrift: „Le mariage ou l'avenir du Portugal“, hat hier wenig Aufsehen erregt. Ihrem Inhalte nach ist sie dazu bestimmt, den Portugiesen die politische Tragweite der Heirath ihres Königs mit der Tochter Victor Emanuels zu erklären. Wie das kleine Piemont ganz Italien bemessert hat, so soll Portugal unter Frankreichs Schutz Spanien an sich ziehen, die Bourbonen vom Throne stoßen und ein einziges König- oder Kaiserreich bilden. Die drei romanischen Familien Italien, Frankreich und Spanien, 75 Millionen Menschen, hätten außer ihrem eigenen noch eine Art gemeinschaftliches Vaterland, den Latinismus, und wären stark genug, den absolutistisch gefinnten nordischen Völkern das Repräsentativ-System, dem Rechte von Gottes Gnaden das Recht, „durch den Willen des Volkes“ entgegenzustellen. Herr Reballo de Silva, einer unserer besten Geschichtsschreiber, hat es unternommen, die Flugchrift zu widerlegen. Spanien, sagt er, obgleich von Bourbonen regiert, ist wenigstens eben so frei wie Frankreich; es ist zudem durch- aus nicht so unzufrieden mit der Königin, daß es sich Portugal ohne Weiteres in die Arme werfen möchte. Die nordischen Völker sind Portugals Feinde nicht, England weiß nichts von absoluter

